



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2001 - 2004

8. Sitzung

Dienstag, 4. Dezember 2001, 17.00 bis 18.40 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Paul Egger (CVP)

Anwesend 30 Mitglieder

Abwesend --

Anwesend Stadtrat 7 Mitglieder

Traktanden

8.1 Bericht über hängige Motionen und Postulate

8.2 Voranschläge 2002 und Steuerfuss

8.3 Verschiedenes

8.4 Neue parlamentarische Vorstösse

8.1

Bericht über hängige Motionen und Postulate

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 8. November 2001.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Kenntnisnahme

8.2

Voranschläge 2002 und Steuerfuss

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. November 2001 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Voranschläge des Städtischen Haushaltes und der Technischen Betriebe für das Jahr 2002 werden genehmigt.*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2002 werden wie folgt festgelegt:*
Gemeindesteuer 130% (wie bisher)
Grundsteuer 0.6‰ (wie bisher)
3. *Die Feuerwehrabgabe wird nach dem kantonalen Tarif erhoben und beträgt höchstens 200 Franken.*

Der Vorsitzenden dankt dem Stadtrat für die sehr frühe Zustellung der Unterlagen und der Geschäftsprüfungskommission für deren gewissenhafte Arbeit. Das Präsidium hat Eintreten auf das Budget beschlossen, die Geschäftsprüfungskommission stellt diesen Antrag nochmals formell. Das Eintreten wird nicht bestritten.

Für die Beantwortung von Detailfragen steht Finanzverwalter Heinz Loretini bereit (Art. 28 GR).

In den Voranschlägen 2002 ist die vom Parlament am 6. November 2001 beschlossene, geänderte Formulierung des Abschreibungsreglementes noch nicht berücksichtigt. Der Stadtrat hat am 27. November 2001 folgende Neuberechnung nachgeliefert:

Stadthaushalt: Ertragsüberschuss nach Neuberechnung der Abschreibungen	Fr. 675'694.00
Technische Betriebe: Ertragsüberschuss nach Neuberechnung der Abschreibungen	Fr. 395'400.00

Die Verbuchung des Erfolgs 2002 wird nach dannzumal gültigem Abschreibungsreglement erfolgen. Das Präsidium hat für künftige Jahre einen detaillierteren Abschreibungsplan und Erläuterungen zu massgeblichen Posten resp. Veränderungen gewünscht.

Alex Brühwiler, Stadtpräsident, orientiert über den Stand der Rechnung 2001. Nach heutigem Kenntnisstand wird das Rechnungsjahr mit einem Defizit von 1.8 Mio Franken (Budget 1.9 Mio.) abschliessen. Der Stadtrat hat verzichtet, das Budget 2002 nach der Neuformulierung des Abschreibungsreglementes nochmals anzupassen. Es gelten das Budget und der Bericht, wie sie zugestellt wurden. Für Investitionen ab 500'000 Franken wird der Stadtrat eine separate Vorlage an das Stadtparlament unterbreiten. Investitionen unter 500'000 Franken wird der Stadtrat nach Genehmigung des Budgets 2002 selbst auslösen.

André Gnägi (FDP), Präsident Geschäftsprüfungskommission, unterbreitet folgenden Bericht der Geschäftsprüfungskommission:

„Der Voranschlag 2002 der Stadt Gossau sieht einen Gesamtaufwand von rund 70.3 Mio. Franken und einen Gesamtertrag von knapp 71 Mio. Franken vor. Daraus resultiert ein Ertragsüberschuss von 675'694 Franken. Ge-

genüber dem Budget 2001 mit einem Budgetdefizit von rund 2 Mio. Franken entspricht dies einer Verbesserung von rund 2.6 Mio. Franken. An diesen Zahlen gemessen ist es ein überaus erfreuliches Ergebnis.

Da ist aber auch die Frage erlaubt, mit welchen Sparmassnahmen oder neuen Erträgen konnte dies erreicht werden?

Ein Vergleich der Zahlen ist, wie auch der Stadtrat festhält, durch die Einführung des neuen Kontenplanes und die Inkorporation der Schulgemeinde recht schwierig.

Lassen Sie mich deshalb diese Frage anhand der Darstellung der Artengliederung im Kommentar zum Budget Seite 4 etwas genauer beleuchten:

- Wegen der geänderten Abschreibungspraxis nach dem neuen Abschreibungsreglement werden gegenüber dem Budget 2001 rund 5.5 Mio. Franken weniger abgeschrieben. Dass dies keine echte Einsparung ist, versteht sich fast von selbst, denn dieser Betrag erscheint einfach verteilt in den Rechnungen späterer Jahre. Das neue Abschreibungsreglement ist aber auch nicht zu Sparzwecken erlassen worden, sondern um einfache, transparente und vom Steueraufkommen unabhängige Abschreibungen zu ermöglichen.
- Belastet wird die Aufwandseite durch eine massive Steigerung der Personalkosten um rund 2.2 Mio. Franken. Hier schlagen sich die Teuerung und vor allem die vom Stadtrat erwähnten höheren Personalversicherungsbeiträge nieder. Auch ist eine allfällige Erhöhung der Stadtratsentschädigungen berücksichtigt. Zum Teil sind aber die Zunahmen bei den Löhnen an kantonale Auflagen gebunden und liegen demzufolge nicht im Kompetenzbereich des Stadtrates.
- Auch der Sachaufwand, der um rund 7.3% oder 675'000 Franken zurück geht, verdient Erwähnung, da dieser Rückgang vorwiegend auf das Konto „Dienstleistungen und Honorare“ zurückzuführen ist. Das heisst es werden im Jahr 2002 weniger externe Beratungen und Dienstleistungen veranschlagt. Dies ist eine erfreuliche Absicht und sollte auch in Zukunft so bleiben.
- Der Zinsaufwand steigt infolge der vom Gesetz vorgeschriebener Verzinsung bei den Spezialfinanzierungen um rund 270'000 Franken, während die Zinsen auf den mittel- und langfristigen Schulden sogar etwas abnehmen. Die GPK hofft, dass diese Zinsreduktion bei den vorgesehenen Investitionen gemäss Programm 2002 auch tatsächlich eingehalten werden kann.
- Die um 400'000 Franken gestiegenen Aufwendungen bei den „Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung“ ist in erster Linie auf den gestiegenen Steuerbedarf der Schulgemeinde Andwil zurückzuführen, auf den wir keinen direkten Einfluss haben.
- Bei den „Entschädigungen an Gemeinwesen“ ist der Rückgang von rund 1 Mio. Franken zwar erfreulich. Tatsächlich hätte aber ein solcher von rund 1.7 Mio. Franken resultieren müssen, da die Stadt Gossau keine Aufwendungen mehr für die kantonalisierten Berufsschulen hat. Dass die Aufwendungen nicht im gewünschten Masse sinken, liegt einerseits an der um rund 370'000 Franken höheren Beteiligung bei den Abwasseranlagen, andererseits aber auch am 90'000 Franken höheren Beitrag an die Schule Lindenberg, bzw. am 250'000 Franken höheren Beitrag an die kath. Mädchensekundarschule. Die GPK ist der Meinung, dass derart massive Erhöhungen hinterfragt werden müssen und wird die Vereinbarungen dieser Kontogruppe im kommenden Jahr einer speziellen Prüfung unterziehen.
- Die „internen Verrechnungen“ im Jahr 2002 sind gegenüber dem Budget 2001 markant gestiegen. Dies ist mit einer vermehrten Aufteilung der anfallenden Kosten auf die verschiedenen Abteilungen zu begründen. Die Zahlen sind aber nicht nachvollziehbar und werden erst transparent, wenn für die Abteilungen klare Richtlinien erlassen werden oder die beabsichtigte Leistungs- und Kostenrechnung eingeführt wird. Die internen Verrechnungen haben aber keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis.

Soweit zur Aufwandsseite. Auf der Ertragsseite rechnet der Stadtrat ohne interne Verrechnungen mit rund 800'000 Franken Mehreinnahmen als im letztjährigen Budget. Bei den Steuererträgen werden zwar 2.7 Mio. Franken Mehrertrag erwartet, andererseits gehen aber die „Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung“ aufgrund der Kantonalisierung der Berufsschulen um 2.2 Mio. Franken zurück. Die Abschätzung der Steuereinnahmen ist aber wegen des Systemwechsels von der zweijährigen zur einjährigen Veranlagung bekanntlich recht schwierig.

Zusammenfassend muss festgehalten werden:

Ohne geänderte Abschreibungen hätten wir, trotz der gehörten Sparbemühungen des Stadtrates, ein Defizit von rund 4.1 Mio. Franken im Budget 2002. Gegenüber dem Budgetdefizit 2001 von 1.9 Mio. immer noch eine massive Verschlechterung um 2.2 Mio. Franken.

Defizite in dieser Grössenordnung könnte unsere Stadt zwei mal ertragen und unsere Reserven aus früheren Ertragsüberschüssen wären praktisch aufgebraucht. Dann ist aber eine Steuererhöhung unvermeidlich. Man muss sich auch im klaren sein, der Erlass des Abschreibungsreglementes hat nur eine einmalige Verbesserung der laufenden Rechnung zur Folge. Im nächsten Jahr werden solche Mehraufwendungen, die im heutigen Budget 2002 noch durch geringere Abschreibungen aufgefangen wurden, direkt und unbeschönigt im Defizit sichtbar.

Und hier liebe Kolleginnen und Kollegen ist der Hebel anzusetzen.

Aus diesem Grund legt die GPK grossen Wert auf aussagekräftige Finanzpläne, welche sowohl die Finanzierungsmöglichkeiten als auch die Steuerfussentwicklung aufzeigen und als Führungsinstrumente dienen. Die zum heutigen Zeitpunkt vorliegenden Finanzpläne genügen diesen Anforderungen noch nicht. Deshalb liegt Ihnen ein entsprechender Antrag der GPK bezüglich Finanzpläne in den Unterlagen vor. Ich bitte Sie im Namen der GPK, auch diesem Antrag zuzustimmen.

Investitionsrechnung

Im Jahr 2002 sind im städtischen Haushalt über 12.6 Mio. Franken Nettoinvestitionen vorgesehen. Diese werden gemäss Aussage des Stadtrates grössten Teils fremd finanziert. Mit der Rechnung 2001 sind aber noch verschiedene Rückstellungen und Spezialfinanzierungen aufzulösen. Zu jenem Zeitpunkt muss dann auch entschieden werden, wie diese Mittel zu verwenden sind, so dass sich auch der Anteil Fremdkapital an den Investitionen noch ändern kann.

Technische Betriebe

Bei den Technischen Betrieben schliesst die laufende Rechnung mit einem Betriebsüberschuss von 2'873'000 Franken ab. Der Stadtrat hat im Budget die Verwendung des Betriebsüberschusses aufgeführt. Die GPK wird Ihnen, liebe Parlamentskolleginnen und -kollegen, in der Detailberatung den Antrag stellen, die Verwendung dieses Betriebsüberschusses erst bei der Abnahme der Rechnung festzulegen. Ich werde den Antrag der GPK in der Beratung noch detailliert begründen.

Die GPK stellt Ihnen einstimmig folgende Anträge:

- a) *Die Voranschläge des städtischen Haushaltes und der Technischen Betriebe für das Jahr 2002 seien unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge zu genehmigen.*
- b) *Der Steuerfuss für das Jahr 2002 sei auf **130 Prozent** der einfachen Steuer festzusetzen.*
- c) *Der Grundsteuersatz für das Jahr 2002 sei auf **0,6 Promille** festzusetzen*
- d) *Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens Fr. 200.-- betragen.*
- e) *Der Stadtrat wird beauftragt dem Parlament mit dem Budget 2003 Finanzpläne zu unterbreiten, die den gesetzlichen Bestimmungen genügen und die auf den Leitsätzen der Stadt Gossau sowie den strategischen Zielen des Stadtrates beruhen.“*

Detailberatung Städtischer Haushalt; Laufende Rechnung

Hanspeter Fröhlich (FDP) nimmt zur Position „Löhne“ Stellung, die in verschiedenen Kontogruppen vorkommt. Dem Parlament fehlt die Übersicht, weil die Zahl der Mitarbeitenden nicht bekannt ist. Er stellt folgenden Antrag:

„Der Stadtrat wird beauftragt, innert nützlicher Frist einen Stellenplan zu erstellen und diesen dem Parlament jeweils zusammen mit dem Budget zu unterbreiten, erstmals mit dem Voranschlag 2003.“

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag wird angenommen mit 28 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung.

Hanspeter Fröhlich (FDP) fragt an, warum im Konto 1219 die Beitragsleistung an die Kath. Mädchensekundarschule von 630'000 Franken auf 876'000 Franken ansteigt, und ob Überlegungen zur Integration dieser Schule in die Stadt bestehen. Falls nein, möchte er diesen Punkt für die Zukunft zum Thema machen.

Markus Sprenger, Schulratspräsident, führt aus, dass die Kosten pro Schülerin von 10'700 Franken auf 12'700 Franken gestiegen sind. Die Kath. Mädchensekundarschule ist gemäss Vertrag mit der Stadt angehalten, alle eigenen Finanzierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, subsidiär werden die Schulgelder der Stadt Gossau fällig. Die Kosten der Kath. Mädchensekundarschule liegen derzeit pro Schülerin um ca. 2000 Franken tiefer als bei der Sekundarschule der Stadt, weil externe Finanzierungsbeiträge erschlossen sind. Mit der Eröffnung des Ober-

stufenzentrums Thurzelg in Oberbüren werden weniger Schülerinnen aus Nachbargemeinden erwartet, die Schulkosten pro Schülerin steigen. Die Schule ist eine Privatschule, die Stadt kann nicht über deren Existenz entscheiden. Der Finanzbeitrag der Stadt wird im Zusammenhang mit der Realisierung eines zusätzlichen Oberstufenzentrums in Gossau diskutiert werden müssen.

Benno Koller (SVP) stellt fest, dass die Jugendberatungsstelle heute schon Lohnkosten von 160'000 Franken aufweist. Vor einer Stellenaufstockung sollen die Erstellung des geplanten Jugendleitbildes abgewartet und ein Konzept erstellt werden, dann liegen die Bedürfniszahlen vor. Wünschbares muss von Notwendigem getrennt werden. Er stellt folgenden Antrag:

Der Budgetposten 1540/Fachstelle für Jugendberatung ist um 45'000 Franken zu kürzen und die damit verbundene Stellenerhöhung von 50 % abzulehnen.

Hildegard Manser (LDU/SP) weiss, dass die Jugendberatung heute ungenügende Kapazität zur Beratung der Oberstufenlehrkräfte hat. Die Jugendberatung kann nur Feuerwehrrübungen machen. Prävention kann nur ungenügend stattfinden. Heimaufenthalte, Therapien und Fremdplatzierungen kosten einiges mehr. Der Antrag der SVP soll abgelehnt werden.

Annmarie Calderwood (FLiG) beantragt ebenfalls Ablehnung des Antrages. Die Einwohner aus anderen Kulturen, die zum Teil aus schwierigen Verhältnissen stammen, sollen besser eingegliedert werden. Offene Jugendarbeit ist sehr wichtig. Engagierte Jugendliche hängen nicht auf der Strasse herum. Prävention wird mit einer 100%-Stelle besser möglich sein. Gossau liegt auch nach der Aufstockung im Vergleich mit ähnlichen Gemeinden tief.

Kurt Rindlisbacher (FDP) äussert sich als betroffener Reallehrer. Die Jugendberatung arbeitet heute sehr unbürokratisch. Sie ist nicht nur für die Jugendlichen da, sie arbeitet sehr bewusst für die Gesellschaft. Sie weist die Jugendlichen auf den richtigen Weg. Prävention wird mit geringem Aufwand geleistet. Er beantragt dringend, den Antrag der SVP abzulehnen.

Trudi Weibel (FLiG) weist darauf hin, dass Sparen im Sozialbereich einfach zu fordern ist mit der Begründung, diesen Aufwand braucht es nicht zwingend. Es können nicht klare Offerten vorgelegt werden wie z.B. beim Strassenbau. Die Aufgabe der Jugendberatung ist präventiv. Die Stadt Gossau steht finanziell gut da. Einsparungen sollen nicht bei den Menschen, sondern beim Sachaufwand gemacht werden. Prävention spart auf lange Frist Steuergelder. Sie beantragt, den Antrag der SVP abzulehnen.

Stefan Schmid (LdU/SP) findet den Antrag der SVP verantwortungslos. Jugendarbeit ist nötiger denn je.

Benno Koller (SVP) vertritt nochmals, dass vor der Diskussion um eine Stellenaufstockung ein Leitbild erstellt werden soll.

Stadträtin Helen Rutz verweist auf den breiten Aufgabenkreis der Jugendberatungsstelle. Die Gemeinden sind verpflichtet zur ganzheitlichen Jugendarbeit. Die Fachberatung im Umgang mit Jugendlichen ist sehr wichtig. Heute ist die Jugendberatungsstelle mit 150 Stellenprozent besetzt, davon sind 50 % offene Jugendarbeit. Für präventive Jugendarbeit bleibt heute praktisch keine Zeit mehr übrig. Probleme können mit weniger Kosten behoben werden, je früher sie erkannt werden. Das Geld für die Aufstockung der Jugendberatungsstelle ist gut angelegt. Ein Heimaufenthalt eines gewalttätigen Jugendlichen kostet z.B. 100'000 Franken im Jahr, ein Drogenabhängiger verursacht in seinem Leben Sozialkosten von 1'000'000 Franken. Die Erfolgsaussichten der Jugendberatung sind höher als z.B. diejenige einer Heimplatzierung. Für eine ganzheitliche Jugendberatung wären eigentlich 300-400 Stellenprozent nötig. In der heutigen Finanzsituation ist die Aufstockung um 50 Stellenprozent vertretbar. Sie beantragt Zustimmung zur Stellenerhöhung.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag der SVP wird abgelehnt mit 3 Ja / 25 Nein / 2 Enthaltungen.

Alfred Zahner (FLiG) empfindet den Aufwand von 100'000 Franken für den Internetauftritt innert 3 Jahren als zu hoch. Die Wirtschaft soll einen finanziellen Beitrag an den Auftritt leisten. Er stellt folgenden Antrag:
Im Budget 2002 wird das Konto 1830.3183 Internetauftritt auf 45'000 Franken gekürzt. Mit dieser Kürzung ist der Auftrag verbunden, im Falle höherer Kosten diese auf die Wirtschaftsverbände abzuwälzen.

Albert Lehmann (CVP) weist darauf hin, dass nicht die Wirtschaft, sondern die Stadt vom neuen Internetauftritt profitieren wird.

Alex Brühwiler, Stadtpräsident, stellt richtig, dass der im Budget 2001 enthaltene Betrag von 30'000 Franken praktisch nicht verwendet wurde. Der Budgetbetrag 2002 entspricht dem zu erwartenden Aufwand. Der Stadtrat gibt nicht mehr Geld aus als nötig.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag von Alfred Zahner wird abgelehnt mit 4 Ja / 23 Nein / 3 Enthaltungen.

Franziska Burch (CVP) erkundigt sich betr. Konto 1830.3186, ob für die Teilnahme an der HEMA eine Einladung vorliegt. Der Stadtpräsident bestätigt dies.

Detailberatung Städtischer Haushalt; Investitionsrechnung

Keine Diskussion

Detailberatung Technische Betriebe; Laufende Rechnung

Urs Kempter (CVP) vertritt im Namen der Fraktion, dass im Konto 1660 der Betriebsüberschuss nicht wie vorgeschlagen verteilt werden soll. Wegen der möglichen Verselbstständigung der Technischen Betriebe sollen in erster Linie die Sportanlagen abgeschrieben werden. Er stellt folgenden Antrag:
Zusätzliche Abschreibungen sind in erster Priorität bei den Sportanlagen vorzunehmen, erst nach vollständiger Abschreibung der Sportanlagen können weitere Bereiche zusätzlich abgeschrieben werden.

André Gnägi, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, erachtet es als sinnvoll, die Verwendung des Betriebsüberschusses erst mit der Rechnungsablage festzulegen. Dies ist gemäss Auskunft des Departementes für Inneres und Militär rechtlich zulässig. Er stellt zum Konto 1660 folgenden Antrag:
Die Verwendung des Betriebsüberschusses der Technischen Betriebe wird nicht in den Voranschlag 2002 eingestellt, sondern erst bei der Abnahme der Rechnung 2002 im Parlament definitiv festgelegt.

Stadtpräsident Alex Brühwiler beantragt Ablehnung der beiden Anträge. Im Hinblick auf eine Verselbstständigung der Technischen Betriebe spielt es keine Rolle, wo abgeschrieben wird.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag der Geschäftsprüfungskommission wird mit 29 Ja / 1 Nein angenommen.

Urs Kempfer zieht den Antrag der CVP zurück.

Detailberatung Abschreibungsplan

Keine Diskussion

Detailberatung Steuerplan

Keine Diskussion

Schlussabstimmung

Abstimmung über Antrag 1 – 3 des Stadtrates resp. a) – d) der Geschäftsprüfungskommission:
Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Abstimmung über Antrag e) der Geschäftsprüfungskommission:
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8.3**Verschiedenes**

Der Präsident verabschiedet das Parlamentsmitglied Annmarie Calderwood. Sie tritt per Ende 2001 aus dem Stadtparlament aus, weil sie eine neue Funktion in der Stadtverwaltung übernimmt.

8.4**Neue parlamentarische Vorstösse**

- a) Interpellation Stefan Schmid „Blaues Auge“
- b) Einfache Anfrage Albert Lehmann „Bachsanieurungen Raum Andwil-Arnegg“
- c) Einfache Anfrage Annmarie Calderwood „Kommission für Altersfragen“

Protokollgenehmigung

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 12. Dezember 2001 genehmigt.

Paul Egger
Präsident

Toni Inauen
Stadtschreiber